



## Antrag

der Fraktionen von SSW und SPD

### **Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen bei Eigenanteilen entlasten - Investitionskosten übernehmen und Pflegevollversicherung einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a) entsprechend der politischen Verantwortung des Landes für eine Übernahme der Investitionskosten in Einrichtungen der stationären Altenpflege zu sorgen,
- b) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Kosten für die pflegerische Versorgung aus dem Eigenanteil für Pflegebedürftige herausgenommen und diese vollständig über die Pflegeversicherung finanziert werden,
- c) sich gegenüber der Bundesebene für den Umbau der Pflegeversicherung zu einer solidarischen Vollversicherung einzusetzen.

Begründung:

Die Kosten für die Unterbringung im Pflegeheim steigen stetig. Im ersten Jahr müssen Heimbewohnerinnen und -bewohner mittlerweile durchschnittlich 2548 Euro pro Monat aus eigener Tasche zahlen. Das sind 348 Euro mehr als noch Mitte 2022. Steigende Kosten, wie aktuell durch eine faire Bezahlung der Beschäftigten in den Einrichtungen, werden bisher zum Großteil durch die Pflegebedürftigen selbst geschultert. Dies führt perspektivisch dazu, dass sich immer weniger Menschen die eigene Pflege leisten können.

Die Pflegekosten im Krankenhaus werden im Krankheitsfall vollständig von der Krankenversicherung übernommen. So soll es auch bei Pflegebedürftigkeit sein.

Sämtliche Kosten der pflegerischen Versorgung sollen über die solidarische Pflegeversicherung finanziert werden und nicht im Eigenanteil mit bezahlt werden. Damit wird die finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen reduziert.

Pflegebedürftigkeit darf nicht in die Armut führen. Altenpflege gehört wie die Gesundheitsversorgung in einem modernen Sozialstaat zur Daseinsvorsorge und muss abgesichert sein. Daher braucht es eine Pflegeversicherung, die pflegebedürftigen Menschen Sicherheit gibt und Versorgung gewährleistet. Die solidarische Pflegevollversicherung ist ein geeignetes Instrument, um die Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherzustellen. Hierfür muss sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen.

Christian Dirschauer  
und Fraktion

Birte Pauls  
und Fraktion